

Kommunistischer Antrag gegen Papenregierung im Sächsischen Landtag angenommen

Die Nazis stehen fest zur Papen-Regierung

Hilferfraktion türmt vor der Abstimmung. SPD-Antrag gegen Nazimordterror abgewürgt. Steuergelder für Fürsten und Kirche

Dresden, den 28. Juni 1932

Nachdem sich der Landtag von seiner gegenseitigen Flucht am vergangenen Donnerstag wieder erholt hat, lehnte er in seiner heutigen Tagung die Diskussion über den kommunistischen Antrag gegen die Papen-Schleicher-Regierung und ihre Notverordnungen fort.

Nachdem Genosse Sindermann, von einigen Ordnungsrufern des sozialdemokratischen Präsidenten Wedel unterbrochen, in scharfer Polemik gegen die Naziphrazeure Stellung genommen hatte, und die Regierung der Wilschuld an den blutigen Naziprozessionen im Vimbacher Industriegebiet angeklagt hatte, erfolgte die namentliche Abstimmung über unseren Antrag.

Die gesamte Hilferfraktion türmt vor der Abstimmung über die Papen-Schleicher-Politik, weil sie angesichts ihrer demagogischen Wahlmanöver nicht gegen unseren Antrag stimmen konnte um damit auch offiziell die Verantwortung für die von ihnen tolerierte Politik der Papenregierung übernehmen zu müssen.

Mit ihrer Flucht vor der Abstimmung haben sich die sächsischen Nazis aber mit aller Deutlichkeit entlarvt. Sie, die für die gesamte sozial- und politischreaktionäre Politik dieser Regierung und für ihre tributbezugsfähige Außenpolitik voll verantwortlich sind, haben es nicht gewagt, durch ihre Teilnahme an der Abstimmung zu dieser Regierung zu stehen. Aber diese Fremdenlegionäre des deutschen Kapitalismus werden von den Massen der Werktätigen draußen im Lande gestellt werden, die in ihrem außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschistenterror antworten werden.

Sitzungsbericht

Am Dienstag letzte der Landtag die am Donnerstag der vorigen Woche abgehaltene Debatte über den kommunistischen Antrag gegen die Papenregierung und ihre Notverordnungen fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangte Genosse Sindermann die Behandlung des von unserer Fraktion sofort eingereichten Antrages über die blutigen Prozesse in Leipzig und im Vimbacher Industriegebiet.

Maßnahmen gegen Naziterror geäußert

Die Nationalsozialisten unternahmen in der letzten Zeit im härtesten Maße Verhaftungen, Überfälle auf Arbeiter und Vorbesuche. In Chemnitz, Magdeburg und Leipzig wurden in den letzten Tagen organisierte Überfälle in großem Umfange von Nationalsozialisten durchgeführt.

In Leipzig häuften sich besonders die Verhaftungen. Vor einigen Tagen wurden beim Umzug in Neulich Arbeiter, die auf den Straßen waren, in Massen überfallen. Bei diesen Überfällen anwesende Polizeibeamte griffen nicht gegen die Nationalsozialisten ein. An einigen Stellen der Stadt marschierten Nationalsozialisten, bewaffnete Schutzeinheiten und Stahltruppen mit sich führend, auf.

Am Montag, dem 27. Juni, unternahmen die Nationalsozialisten nach dem Leipziger Oben einen Aufmarsch, den sie vorher als Streikexpedition angekündigt hatten. Sie provozierten bei diesem Aufmarsch die Arbeiter in der wuchtigsten Weise. Die Arbeiter leisteten den Angriffen der Nationalsozialisten Widerstand und errichteten gegen die Drohungen der Nazis, erneut zurückzuführen und alles zusammenzufassen, Barrikadenhindernisse.

Nachdem die Nationalsozialisten den Stadtplatz verlassen hatten, und die Arbeiter über die brutalen Terrormaßnahmen disziplinierend auf den Straßen standen, wurde ein riesiges Aufgebot von Polizeitruppen eingesetzt, das sofort ein riesiges Maß an Gewalt anordnete, wobei ein Arbeiter getötet wurde.

Das Verhalten der Nationalsozialisten, die Verhaftungen und das danach erfolgende Einlegen der Polizeiformationen kennzeichnet ein Zusammenarbeiten zwischen Nazis und Polizei.

Die Polizei steht gegenwärtig unter der Führung des stellvertretenden Polizeipräsidenten Schubert, von dem bekannt ist, daß er mit den Nationalsozialisten stark sympathisiert.

Auf die Zusammenhänge und die Todesopfer trägt Schubert die volle Verantwortung.

Wir beantragen, der Landtag möge beschließen, die Regierung zu beauftragen:

1. den stellvertretenden Leipziger Polizeipräsidenten Schubert sofort seines Postens zu entheben;
2. die an dem Blutbad im Leipziger Oben am 27. Juni beteiligten Polizeibeamten ihrer Befreiung zuzulassen und sie bis zum Nachweis der gegen sie eingeleiteten Verfahren vom Dienst zu suspendieren.

Präsident Wedel erklärte, daß dieser Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Stundenschluß von den Nazis, dessen Rede am Donnerstag wegen der Auflösung der Sitzung unterbrochen wurde, verfuhr heute auf das Abort. Nur die kommunistische Fraktion sprach Genosse Sindermann zu unserem Antrag.

Rede des Genossen Sindermann:

Die Nazis behaupten die unerschütterliche Festheit im Sächsischen Landtag zu erklären, das Papenabenteuer sei nicht ihre Regierung und sie lehnen deshalb diese wirtschaftliche Notverordnung ab. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß die politische Notverordnung, die von den Hitlerfaschisten natürlich begrüßt wird, in Ergänzung der Wirtschaftsnoteverordnungen erlassen worden ist. Nach der Zusammenstellung der Papenregierung wurde sie von den Nazis als die erste Regierung des „neuen Systems“ gefeiert und begrüßt.

Heute jährt sich zum dreißigsten Male der Tag des Versaillescher Schandvertrages, unter dessen schamloser demagogischer Ausnutzung die verzweifeltsten Kleinbürgerlichen von den Hitlerbanden eingekerkert wurden. An diesem Jahrestag offenbart sich auf der Vauanner Tributzentrale, daß die von den Nazis gefeierte Regierung im Dienste der französischen Fremdwirtschaft der Tribute steht. Angesichts dieser Tatsache erklären wir vor der breitesten Arbeiterschaft noch einmal mit allem Nachdruck, daß es weder den Papen-Schleicher, noch den Hitlerfaschisten gelingen wird, den furchtbaren Anoten der Tribute zu folgen.

Gerade jetzt offenbart sich, daß die Nazis und ihre Vandalengarden als Fremdenlegionäre der Tributmächte legitimiert wurden und ihre Uniformen aus den Millionen der Salzsteuer bezahlt werden.

Die Vorgänge in den letzten Tagen, nicht zuletzt der beispiellose Terror der Nazibanditen in Chemnitz, Magdeburg und im Vimbacher Industriegebiet, liefern den klaren Beweis, daß sie als die Raubbanden des Kapitals gegen die werktätigen Schichten haulen.

Die Regierung ist an diesen Ereignissen mitschuldig. Die Offiziere ihrer Polizei haben sich praktisch hinter die Straßentruppen des Vimbacher Industriegebietes gestellt. Der Polizeileutnant Hennemann, der vor dem politischen Untersuchungsamt seine juristische Stellung hat, hat in Vimbach wieder jenseits Kommando befehligt, was die Arbeiter auf Waffen durchsuchte, obwohl nach dem Feuerüberfall durch die Nazis ein toter Reichsbannerführer und 14 Verletzte auf der Straße lagen. Die Nazis konnten inzwischen mit ihren Waffen verschwinden und obwohl die Mitglieder dieses Reichsbundes namentlich bekannt sind, geschieht nichts, um diese schleichenden Banditen zur Verantwortung zu ziehen.

Aber die Arbeiterschaft ermahnt, das Ansehen des Proletariats nicht zu verlieren, aber noch zur Zeit formiert sich aus dem Abwehrwillen der Arbeiterschaft die rote Einheitsfront. In den Kämpfen gegen faschistischen Terror macht sie zu jenen

entscheidenden Auseinandersetzungen mit dem Kapitalismus, für ein sozialistisches Deutschland!

Heber unseren Antrag ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Nazis, die durch den Mund ihres Redners Stundenschluß in der Donnerstagstagung aus wahlbezugsfähigen Gründen Segensworte für die Papenregierung geschworen hatten, haben vor dieser Abstimmung, kein einziger ihrer Abgeordneten wagte es weder für noch gegen unseren Antrag zu stimmen. Der Antrag wurde mit 41 gegen 27 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Genosse Renner verlangt dann zur Abstimmung über einen sozialdemokratischen Antrag, der gegen alle Notverordnungen der Papenregierung protestiert, einen kommunistischen Zusatzantrag vorher abstimmen, der über den Protest hinaus verlangt, daß der Landtag beschließt, die Notverordnungen in Sachsen nicht durchzuführen. Der Sozialdemokrat Wedel erklärt, daß diesen Antrag nicht abstimmen zu können. In wiederum namentliche Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag in seinen ursprünglichen Forderungen mit allen (die Nazis sind inzwischen zur Abstimmung wieder erschienen) Stimmen angenommen. Die Nazis protestieren damit auch gegen die Wiedereinbringung des SA- und Uniformerlasses. Genosse Renner verlangt nach dieser Abstimmung über unseren Zusatzantrag abstimmen, die wiederum vom Sozialdemokraten Wedel abgewürgt wird, der damit namens seiner Fraktion zum Ausdruck bringt, daß ihre letzten

Worte gegen die Papenbittatur in dem Augenblick verhallen, in dem wir konkrete Maßnahmen zum Kampf gegen die Kapitalistenpolitik fordern.

Steuergelder für die Fürsten

Genosse Siegel nimmt dann zu einer Vorlage der Regierung über Abfindung sächsischer Fürsten Stellung, die nach Ansicht des Landtages ohne Debatte in den Ausschuss verwiesen werden sollte. Er stellt fest:

Daß der sächsische Staat seit 1924 einem einzigen Fürsten, nämlich jährlich 35.000 Mark zahlt; daß in einem Augenblick, da Renten und Unterhaltungen gekürzt werden, diese Fürsten hundertprozentige Aufwertung ihrer Entschädigungen verlangen.

Das zeigt, was dem sächsischen werktätigen Volk zugemutet wird in einer Zeit, da Millionen buchstäblich verhungern müssen.

Steuergesetze für die Kirche

Zu einer weiteren Regierungsvorlage über ein Gesetz zum Steuerrecht der Religionsgemeinschaften nimmt Genosse Wähle Stellung und erklärt: Unsere Stellung zu diesem Gesetz ergibt sich aus der grundsätzlichen Gegnerhaltung der Kommunisten zur Kirche, die ein Herrschaftsinstrument der kapitalistischen Klasse ist. Bei einer Stunde erit wurde in diesem Hause über die unüberwindliche Notlage breiterer Schichten diskutiert und jetzt steht es erneut um die Aufhebung von beträchtlichen Steuernanteilen an die Kirche, deren Wagen unerlässlich ist. Für solche Steuergesetze lehnt die Kirche dem kapitalistischen Staat eine Kirche von guten Diensten, die vor allen Dingen in der unerschütterlichen Feste gegen Sowjetrußland zum Ausdruck kommen und in dem Geiste vom „Kulturvolkswort“. Das sind jene Leute, die mit ihrer Kultur Millionen Arbeiterfremden nicht nur das trodene Brot, sondern auch noch das Salz fortnehmen. Wir lehnen diese Kultur ab und befehlen sie mit aller Leidenschaft.

Angesichts dieses Gesetzes legen wir dem Massen, die noch in der Kirche sind, die beste Antwort auf drohende Steuererhöhung in der Kirchenaustritt. Die Vorlagen werden dem Ausschuss überreicht.

Heute Notverordnung!

Berlin, 29. Juni (Eig. Drahtbericht)

Hindenburg hat gestern die Notverordnung „Gegen Ausschreitungen“ unterzeichnet. Sie soll heute veröffentlicht werden. Die Notverordnung bestimmt, daß das Uniformverbot der SA und das Demonstrationsverbot im ganzen Reich aufgehoben wird.

Die einzelnen Länder dürfen Verbote nur für besondere einzelne Ortschaften und nur in besonderen Fällen ausprechen, auch das Tragen von Uniform darf nur im Einzelfall für eine beschränkte Zeit verboten werden.

Der Reichsminister des Innern hat ausdrücklich das Recht, solche Verbote in den einzelnen Ländern jederzeit auszuheben. Der Reichsinnenminister kann hingegen jederzeit beliebig Verbote erlassen. Die „Aushebung der Demonstrationsverbote“ durch die Notverordnung enthält die Bestimmung, daß alle öffentlichen Kundgebungen und Umzüge unter freiem Himmel 48 Stunden vorher angemeldet werden müssen und jederzeit verboten oder nur unter „Haltung bestimmter Bedingungen“ zugelassen werden können.

Plakate, Flugblätter und Flugschriften, in denen zu „Gewalttätigkeiten“ aufgerufen wird, können beschlagnahmt und eingezogen werden.

Der Reichsminister hat auch diesmal in den Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung, aus denen ganz eindeutig hervorgeht, daß es sich um Verbotsmaßnahmen handelt, die sich ausschließlich gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung richten. Die erneute Anmeldepflicht für Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel wird dazu führen, daß von den Polizeibehörden willkürlich nur die kommunistischen Kundgebungen verboten werden, während Nazidemonstrationen in jedem Falle stattfinden dürfen.

Die ganze Notverordnung ist ein weiterer Wechsel, den die Papenregierung den Nazis einläßt, um damit die Unterstützung durch die Hitlerfaschisten zu beschaffen. Sie ist eine so offensichtlich einseitige Maßnahme zur völligen Regalisierung des Straßenterrors der Hitlerbanden, daß die Arbeiterschaft mit noch härterem Ausbau der roten Einheitsfront, mit der Schaffung von

antifaschistischen Schutzstellen in Häusern und Betrieben antworten muß, um den Herrschenden zu zeigen.

Daß das wertvolle Deutschland den Faschistenterror bricht und wenn noch so viele Notverordnungen zu seiner Sicherung erlassen werden.

Tausenden wertvollen Nationalbanken werden durch die dritte Notverordnung der Papenregierung für wertlos erklärt. Das ist ein schändlicher Verrat an den Nationalbanken der Arbeiterpartei, die nicht umsonst gegeben werden. Sie werden alle erkennen, daß sie für beide Notverordnungen als die Späteren gegen die Nationalbanken und ausgebeuteten Kleinrentner kämpfen müssen. Ihr Platz aber ist an der Seite der Arbeiterschaft, mit der sie gemeinsam gegen die faschistischen Herrschaftsmethoden der Kapitalistenklasse kämpfen müssen.

Todesurteil gegen Rentner

Das Reichspostministerium teilt mit, daß bereits bei der heutigen Zahlung nur noch die gekürzten Invalidenrenten zur Auszahlung kommen. Die Zahlrenten der Post sind verpflichtet worden, die Rentenerplangsmittel auf den gekürzten Betrag abzuändern, wenn dies nicht schon vorher geschehen ist.

Danach erhalten alle die Invalidenrentner ab heute 6 Mark weniger. Bei den Witwenrenten beträgt der Abzug 5 Mark, bei den Waisenrenten 4 Mark für jede Waise. Die Invalidenrentner sind die ersten, die den härtesten Schlag der Papennotverordnungspolitiker zu spüren bekommen.

Schon jetzt hat die Invalidenrenten geradezu unerträglich niedrig. Der neue Abzug ist nicht anders als ein Todesurteil gegen die Invalidenrentner. Verzweiflung und Mut haben bei diesen Menschen der Armen den Höhepunkt erreicht. Auch sie müssen sich erwehren in die große Front der Nationalsozialisten stellen, um gemeinsam mit den unterdrückten und leidenden Massen zum Kampf gegen die Papennotverordnungspolitiker anzutreten.

In Berlin demonstrieren Faschisten unbehelligt, aber in Staßfurt

3 Arbeiter von Geberingpolizei erschossen

Bei der Beerdigung eines von Nazis ermordeten Arbeiters drei Proleten erschossen und sieben schwer verletzt

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtbericht)

Selten fanden zwei Demonstrationen — eine in Berlin und eine in Staßfurt (Anhalt) statt, die ferngehend für die verhasste Faschisierung Deutschlands durch die mit den Nazis verbündete und von der SPD unterlegte Papenbittatur sind.

In Staßfurt fand gestern die Beerdigung eines von den Nazis nichtig ermordeten kommunistischen Arbeiters statt. Wie der Niendemonstrationszug — zu dem sozialdemokratische, parteilose und kommunistische Arbeiter Seite an Seite antraten — sich in Bewegung setzte, erschien Polizei und begann die Trauerdemonstration aufzulösen. Eine harte Empörung bemächtigte sich der Arbeiter, es kam zu Zusammenstoßen und durch die Schüsse der Polizei wurden 3 Arbeiter getötet, 7 schwer verletzt und etwa 20 leichter verletzt. Die Erregung der Massen wuchs zum Sturm. Die Polizei besetzte neue Kräfte aus Brandenburg. Die Stimmung der Arbeiter ist nach wie vor ungeheuer erregt.

Dagegen veranstalteten in Berlin die Nazis unter dem Deckmantel einer Studentenkundgebung „Gegen Verfall“ im Volkspark eine Demonstration. Diese Demonstration der Nazipropaganda wurde vom Berliner SPD-Polizeipräsidenten Gebering genehmigt. Trotz Verbot wurden Parteiführer von den Demonstranten mitgeführt und als einige Polizeibeamte die Beschlagnahmung, wurden die Zahlen auf Anweisung von Polizeioffizieren den Demonstranten wieder

zurückgegeben. Der Nazizug — der eine verhältnismäßig geringe Beteiligung aufwies — erfolgte, trotzdem das nicht genehmigt war, durch die Baummeile. Die Polizei verhielt sich sehr rückfälliger. Beim Fortmachen der Straße durch die Polizei wurde während der ganzen Demonstration durch die Baummeile wurde kein einziger Nazi auch nur verletzt.

Loufanne am Ende

Niederlage der Papenregierung und ihrer Nazis

Am Dienstag fanden in Loufanne Besprechungen zwischen Herzog, Nachmann und v. Papen statt, die nach dem geschehenen Mißlingen notwendig geworden sind, um ein mögliches der Tributzentrale nach der durch die deutsch-französischen Verhandlungen am Montag geschlossenen Abfolge zu vermeiden.

Loufanne, 29. Juni (Eig. Drahtbericht)

Die Konferenz steht vor dem Ende und wird bereits als ergebnislos angesehen. Die für heute angelegte Sitzung findet nicht statt. Morgen soll eine Schlichtung abgehalten und wie üblich ein Beschluß eingelegt werden. Damit würde Loufanne mit einem kläglichen Scheitern der Papenbittatur enden. Herzog und v. Papen setzen weiter die wertvolle Klasse Deutschlands. Nur soziale Befreiung bringt auch nationale Befreiung.